

Medienkonferenz

„Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschaftspolitische Prioritäten 2009“

Mittwoch, 3. Dezember 2008

Es gilt das gesprochene Wort

Wirtschaftspolitik: Kurs halten in einem schwierigen Umfeld

Gerold Bührer, Präsident economiessuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Finanzmarktkrise belastet über die Konjunktur hinaus weltweit die liberale Wirtschaftspolitik. Die marktwirtschaftliche Ordnung wird vor allem deshalb hinterfragt, weil diese in den USA wurzelnde Finanzmarktkrise einen massiven Staatseingriff notwendig machte. Darüber hinaus hat die über weite Strecken zu lockere Geldpolitik zu einem vielfach exzessiven Handeln in der Finanzbranche geführt. Bankzusammenbrüche und ein massiver Schuldenanstieg als Folge der staatlichen Rettungsaktionen haben dem Vertrauen Schaden zugefügt.

Als Marktwirtschaftler macht mich diese Entwicklung natürlich betroffen. Die Wirtschaft ist nun einmal Teil der Gesellschaft. Und deren Empfindungen können insbesondere in einer direkten Demokratie nicht ausgeblendet werden. Deshalb ist klar, dass auch seitens der Wirtschaft Lehren zu ziehen sind. Nur so wird es gelingen, die Akzeptanz von Gesellschaft und Politik in die bewährte marktwirtschaftliche Ordnung wieder zu stärken. economiessuisse wird sich im Interesse der Wettbewerbskraft unseres Landes in diesem Sinne engagieren.

Bei allem Respekt für die Rolle des Staates als Garant für Stabilität - auch aus liberaler Sicht - ist ein massives Anwachsen des Staatsinterventionismus keine nachhaltige Lösung der Probleme. Unbestritten sind die von der Schweizerischen Nationalbank und anderen Zentralbanken vorgenommenen Massnahmen zur Sicherstellung des Geld- und Kreditmarktes. Wir unterstützen angesichts der rapiden Wachstumsabschwächung auch die deutlichen Zinssenkungen. Der Teuerungsrückgang verschafft der Notenbank dazu den nötigen Handlungsspielraum. economiessuisse befürwortet auch eine verbesserte Regulierung des Finanzsystems. Dabei muss die Qualität im Vordergrund stehen.

Problematisch sind dagegen, nicht zuletzt auch aus Gründen einer stabilitätsorientierten Finanzpolitik, die in verschiedenen Ländern in Gang gesetzten Subventionsspiralen. Die Gefahr ist erheblich, dass dadurch die zukünftigen Handlungsspielräume der Finanzpolitik eingeschränkt und die Glaubwürdigkeit in der Wettbewerbspolitik sowie in der multilateralen Handelsliberalisierung tangiert wird.

Auch in der Schweiz ist der Gegenwind bei wettbewerbsorientierten Reformen unübersehbar. Auch in unserem Land ist nicht auszuschliessen, dass bei einer weiteren Abschwächung verstärkte konjunkturpolitische Aktionen angebeht werden.

Aus Sorge um die langfristige finanzpolitische Stabilität und die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft sind wir der Meinung, dass

- massive ausgabenseitige Konjunkturprogramme, welche den Rahmen der Schuldenbremse sprengen, sowie
- eine Abkehr von wettbewerbsorientierten Reformen

nicht im Interesse eines nachhaltigen Wachstums sind. Allein schon der hohe Exportanteil von 290 Mia. am BIP von 520 Mia. belegt die beschränkte Wirksamkeit.

Die Wirkung der automatischen Stabilisatoren sowie das Vorziehen ausführungsbereiter Projekte sind dagegen konjunkturpolitisch angemessen. economiesuisse ist entschieden der Auffassung, dass ungeachtet der weltweit rezessiven Tendenzen am marktwirtschaftlich orientierten, wirtschaftspolitischen Kurs festgehalten werden muss.

Unser Land steht gerade heute angesichts dieser Politik im internationalen Vergleich sehr gut da. Wir sind überzeugt davon, dass eine an der längerfristigen Stärkung der Wettbewerbskraft ausgerichtete Wirtschaftspolitik im Vordergrund bleiben muss.

- Wir unterstützen daher jegliche Bestrebungen zur Wiederaufnahme der WTO-Verhandlungen.
- Auf der bilateralen Ebene kommt der Weiterführung und Vertiefung der Abkommen mit der EU sowie der Ausweitung des Netzes von Freihandelsabkommen mit aussereuropäischen Ländern Priorität zu.
- Die Verhandlungen für ein Agrarfreihandels- und Stromabkommen mit der EU sind voranzutreiben.
- Wettbewerbspolitisch dürfen die eingeleiteten Schritte zur weiteren Marktöffnung (Cassis de Dijon, Postmarkt, Strommarkt) nicht blockiert werden.

Mit Genugtuung haben wir vom Volksentscheid gegen die AHV-Initiative zur Senkung des Rentenalters Kenntnis genommen:

- Die anstehenden Sanierungsschritte bei den Sozialversicherungen sind im Interesse der Nachhaltigkeit weiter voran zu bringen.
- Die bewährte Schuldenbremse ist im Interesse von Solidität und Berechenbarkeit auf die Sozialversicherungen auszuweiten.

Steuerpolitisch steht die Gewährleistung der Konkurrenzfähigkeit im Zentrum:

- Neben dem Ausgleich der kalten Progression, der Entlastung der Familien, sind Reformen bei der Unternehmensbesteuerung (Bund und Kantone) von hoher Bedeutung.
- Bezüglich des Steuerstreits mit der EU ist an der Souveränität unseres Landes unbedingt festzuhalten.
- Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen darf angesichts der positiven Effekte auf die Wettbewerbsfähigkeit nicht zur Disposition gestellt werden.

Schliesslich steht economiesuisse mit Blick auf die Aktienrechtsrevision hinter der vom Bundesrat vorgeschlagenen

- Stärkung der Aktionärsrechte im Zusammenhang mit den Entschädigungssystemen bzw. der Entschädigung des Verwaltungsrates.
- Wie bereits im Anhang zum Code of Best Practice festgehalten, sind die Anreizsysteme unbedingt langfristig auszurichten und auf beide Seiten hin variabel zu halten.

Angesichts der weltweiten Vertrauenskrise und Verängstigung ist auch die schweizerische Wirtschaft gefordert, sich der Debatte zu Gunsten der marktwirtschaftlichen Ordnung zu stellen. Der Rückgewinnung einer breiten Akzeptanz für diese Anliegen ist im Interesse eines starken Wirtschaftsstandorts Schweiz Priorität einzuräumen.

Damit die Schweiz bezüglich Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft einen Spitzenplatz belegen kann, darf trotz der aktuellen Wirtschaftsabschwächung das Fundament unserer bewährten liberalen Wirtschaftspolitik nicht einer Erosion ausgesetzt werden. Kurs halten muss vor kurzfristigem Aktionismus stehen. Das Festhalten am marktwirtschaftlichen Weg und der Verzicht auf eine folgenschwere Subventionsspirale wird das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Schweiz stärken und dank der positiven Effekte auf Wachstum und Beschäftigung auch der sozialen Dimension gerecht werden.